

Bremische Bürgerschaft

Landtag

18. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

15.05.13

Grüne Jugend Bremen

Ich frage den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die von der Jugendorganisation der Grünen „Grüne Jugend“ gestartete Kampagne „Ich bin linksextrem“ und die mit dieser Aktion verbundene Forderung nach einer Abschaffung des Verfassungsschutzes, an der sich auch der Landesverband Bremen der Grünen Jugend beteiligt?
2. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über linksextremistische Bestrebungen der Grünen Jugend im Land Bremen vor?
3. Wie viele Mitglieder der Grünen Jugend im Land Bremen gehören Organisationen an, die nach Einschätzung des Verfassungsschutzes linksextremistisch sind oder im Verdacht stehen, linksextremistische Bestrebungen zu verfolgen?

Jan Timke (BIW)

2.

15.05.13

Stellenbesetzung bei der Polizei

Ich frage den Senat:

1. Trifft es zu, dass im KK 44 der Polizei Bremen für den Bereich Menschenhandel vier Stellen unbesetzt sind, und wenn ja, wie lange sind diese Positionen bereits vakant?
2. Wann ist mit einer Neubesetzung der Stellen zu rechnen?
3. Wie viele Verfahren hat das KK 44 der Bremer Polizei im Bereich Menschenhandel in den Jahren 2010 bis 2012 bearbeitet, und wie viele Verfahren werden dort derzeit geführt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

Jan Timke (BIW)

3.

15.05.13

Fernbusse nutzen auch mit Rollstuhl oder Rollator?

Wir fragen den Senat:

1. Welche Mindestanforderungen bezüglich Barrierefreiheit gelten für die Fernbusse, die nach der inzwischen erfolgten Liberalisierung des Fernbuslinienverkehrs jetzt auch immer häufiger die Städte Bremerhaven und Bremen anfahren?
2. Welche Möglichkeiten haben gegenwärtig die auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesenen Menschen, die neuen Angebote im Fernbuslinienverkehr zu nutzen, die ja auch gerade für jene gedacht sind, die nur wenig Geld für ihre Reisen ausgeben wollen oder können?
3. Ab wann werden sich die Reisemöglichkeiten im Fernbuslinienverkehr für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen verbessern, und welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Verbesserung der Situation zu beschleunigen?

Dirk Schmidtman, Ralph Saxe, Carsten Werner, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

4.

15.05.13

Auslands-BAföG

Wir fragen den Senat:

Wie viele BAföG-Anträge wurden in Bremen seit 2010 pro Semester gestellt, und wie viele davon zielten auf eine Auslandsförderung ab?

Wie lange ist die durchschnittliche Bearbeitungszeit von Anträgen auf Auslands-BAföG?

Für welche Länder wird am häufigsten eine Förderung durch Auslands-BAföG beantragt?

Luisa-Katharina Häsler, Susanne Grobien, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU

5.

15.05.13

Änderung des Telekommunikationsgesetzes

Wir fragen den Senat:

Warum hat Bremen im Gegensatz zu anderen SPD-geführten Landesregierungen im Bundesrat das Telekommunikationsgesetz abgelehnt?

Wurden Stellungnahmen von des Ressorts Inneres und Justiz zur Bewertung dieses Gesetzes eingeholt, und wenn ja, mit welchem Inhalt?

Bei welchen Ordnungswidrigkeiten wird das Gesetz zukünftig zur Anwendung kommen?

Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

6.

15.05.13

Fortführung des Projektes Bremer und Bremerhavener IntegrationsNetz (BIN)

Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die Arbeit der Bundesinitiative „Bremer und Bremerhavener IntegrationsNetz“ hinsichtlich seiner Wirksamkeit und seiner Mehrwerte für Flüchtlinge und Asylbewerber?

Welchen besonderen Wert misst der Senat dem IntegrationsNetz bezüglich der Integration minderjähriger unbegleiteter Flüchtlingen bei?

Durch welche Maßnahmen plant der Senat, die in Teilen unverzichtbar gewordene Arbeit, dieses Projekt, auch nach dem Auslaufen der Bundesinitiative am 31. Oktober 2013, weiterzuführen?

Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

7.

15.05.13

Spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) für Kinder in Bremen

Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die derzeitige Situation bei der spezialisierten ambulanten pädiatrischen Palliativversorgung in Bremen, insbesondere im Vergleich zum niedersächsischen Umland?

Welche bisherigen Planungen und Konzepte vonseiten der im Bereich Hospiz- und Palliativversorgung engagierten Akteure sind dem Senat im Bereich SAPV-Versorgung von Kindern bekannt, und welchen Verhandlungsstand haben diese?

Welche Maßnahmen plant der Senat, um schwerstkranken Kindern in Bremen, die einen gesetzlichen Anspruch auf eine SAPV-Versorgung haben, diese in Zukunft auch zu ermöglichen?

Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

8.

15.05.13

Umsetzung des Mindestlohngesetzes

Wir fragen den Senat:

1. Welche Informationen hat der Senat darüber, ob bei den Unternehmen Nordsee-Zeitung GmbH, Ehnis GmbH und Weser-Eilboten GmbH, die für den Magistrat Bremerhaven Zustelldienstaufträge ausführen, der Bremer Mindestlohn bezahlt wird?
2. Inwieweit ist die Argumentation, öffentliche Auftragnehmer müssten nicht den Mindestlohn zahlen, sondern nur einen Zuschlag, weil sie ja außer für die öffentliche Hand auch noch für andere Auftraggeber zuständig sind, mit dem Bremischen Mindestlohngesetz vereinbar?
3. In welchen weiteren Fällen werden derzeit von öffentlichen Stellen im Land Bremen mit dem Argument der „Mischtätigkeit“ Aufträge an Unternehmen vergeben, die nicht den Bremer Mindestlohn zahlen?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

9.

15.05.13

Verbesserung der Vorbereitung von Menschen mit Behinderungen auf den Brandfall

Wir fragen den Senat:

Welche Ergebnisse haben die vom Senat in der Deputationssitzung am 14. Februar 2013 angekündigten Gespräche zur Verbesserung der Vorbereitung von Menschen mit Behinderungen auf einen Brandfall in Wohn- und Werkstatteinrichtungen?

Welches Ergebnis hat die vom Senat ebenfalls angekündigte Überprüfung des „Prüfleitfadens der Wohn- und Betreuungsaufsicht“ und der „Nachfolgeregelung der Heimmindestbauverordnung“?

Welche Konsequenzen zieht der Senat aus den Gesprächen und Überprüfungen, um die Vorbereitung von Menschen mit Behinderungen auf den Brandfall im Land Bremen zu verbessern?

Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

10.

16.05.13

Auswirkungen der Tarifentscheidung des Senats auf die Sicherheit in Bremen

Ich frage den Senat:

1. Wie viele Polizeibeamte im Land Bremen haben sich in Reaktion auf den Beschluss des rot-grünen Senats, die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst nur eingeschränkt auf die Besoldung der Polizei zu übertragen, seit Mitte Mai 2013 aus dem telefonischen Alarmierungssystem austragen lassen, wie es die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in ihrer Pressemitteilung vom 14. Mai 2013 angekündigt hat?
2. Welche zeitlichen und organisatorischen Auswirkungen auf den polizeilichen Einsatzverlauf sind zu erwarten, wenn sich einzelne Beamte aus dem Alarmierungssystem löschen lassen und damit nicht mehr privat erreichbar sind?
3. Wie gedenkt der Senat, zukünftig die Mobilisierung der Polizeibeamten im Land Bremen trotz der verminderten privaten Erreichbarkeit im Einsatzfall sicherzustellen?

Jan Timke (BIW)

11.

21.05.13

Gefahrguttransporte per Eisenbahn durch Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Gefahrguttransporte welchen Umfangs und welcher Beschaffenheit fahren mit der Bahn durch Bremen?
2. Welche Maßnahmen zur Unfallvorsorge bzw. zum Unfallmanagement werden angesichts der teilweise dichten Bebauung zum Schutz der Bevölkerung an den Strecken in Bremen getroffen?
3. Fahren diese Gefahrguttransporte nach Möglichkeit auf mittig gelegenen Gleisen, um beim Querstellen von Waggonen Schäden auf angrenzenden Grundstücken zu vermeiden?

Ralph Saxe, Dr. Maik Schaefer, Dr. Matthias Guldner
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

12.

22.05.13

Girokonto für alle

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Einrichtung von guthabenbasierten Girokonten in Bremerhaven und Bremen im Vorgriff auf die Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie?
2. Sieht der Senat zum gegenwärtigen Zeitpunkt weiteren Handlungsbedarf, um das Recht auf ein guthabenbasiertes Girokonto umzusetzen?
3. Wie stellt der Senat sicher, dass Soziale Dienste im Land Bremen auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines guthabenbasierten Girokontos aufmerksam machen?

Susanne Wendland, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

13.

27.05.13

Zahlungen der senatorischen Behörde an Tagesmütter in Bremen und Bremerhaven

Wir fragen den Senat:

1. In wie vielen Fällen in den vergangenen zwölf Monaten mussten Tagesmütter länger als vier Wochen auf das Geld der senatorischen Behörde warten, inklusive Nachzahlungen?
2. Welche Gründe liegen vor, dass Tagesmütter unregelmäßig und teilweise monatelang auf das Geld von der senatorischen Behörde warten mussten?
3. Was plant der Senat, um diese Umstände zu verbessern?

Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

14.

30.05.13

Zielerreichung und Budgetentwicklung der Jobcenter im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie haben sich Mittelabfluss und -verpflichtung der zur Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen der Jobcenter im Land Bremen zur Verfügung stehenden Budgets im bisherigen Jahresverlauf 2013 entwickelt?

2. Wurden die im Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) definierten Ziele und Zielgruppen im bisherigen Jahresverlauf 2013 erreicht, falls nicht, welche konkreten Abweichungen haben sich aus welchen Gründen wo ergeben?

3. Welche Frühwarninstrumente zur Identifikation möglicher Abweichungen von der Budget- und Zielplanung der Jobcenter im Land Bremen werden in den Trägerversammlungen genutzt?

Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

15.

04.06.13

Übernahme des Tarifiergebnisses auf die Beamten

Wir fragen den Senat:

Wann und in welcher Form beabsichtigt der Senat eine Nachholung der Übernahme des jetzigen Tarifiergebnisses (TVL) auf die Beamten der Besoldungsgruppe ab A 11?

Welche Kosten würden durch eine inhaltsgleiche aber um ein halbes Jahr zeitverzögerte (erste Erhöhung zum 1. Juli 2013, zweite Erhöhung zum 1. Juli 2014) Übernahme des Tarifiergebnisses auf alle Beamten in den Jahren 2013, 2014 und 2015 im Vergleich zur nun beabsichtigten teilweisen Übernahme des Tarifiergebnisses entstehen?

Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

16.

07.06.13

Auswirkungen der Niederlegung der Prüfungstätigkeit

Wir fragen den Senat:

Welche Auswirkungen hat die angekündigte Niederlegung der Prüfungstätigkeit der Richter und Staatsanwälte bei den Prüfungen zum ersten und zweiten juristischen Staatsexamen, und wie viele Prüfungen wurden aufgrund dieser Niederlegung bereits verschoben oder abgesagt?

Welche weiteren Sonderdienste sind von der Niederlegung betroffen, und wie will der Senat diese Niederlegung kompensieren?

Welche Folgen ergeben sich daraus für den juristischen Nachwuchs und die Referendarausbildung in Bremen?

Gabriela Piontkowski, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

17.

10.06.13

Verpflegung der Asylbewerber und Asylbewerberinnen in der Zentralen Aufnahmestelle

Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch ist die Verpflegungspauschale für volljährige bzw. minderjährige Asylbewerber und Asylbewerberinnen in der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST)?
2. Wann ist die Kantine der ZAST geöffnet, und inwiefern ist es notwendig, dass beispielsweise Kinder oder Kranke persönlich ihre Rationen abholen?
3. Inwiefern plant der Senat die Verpflegungsstandards für die in der ZAST untergebrachten Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu verbessern?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

18.

12.06.13

Versorgung mit Betreuungsplätzen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Kinder befinden sich in Bremen und Bremerhaven derzeit jeweils auf Warteliste der U3-Einrichtungen?
2. Wie viele Kinder mit oder ohne Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, die das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind derzeit in Bremen und Bremerhaven jeweils unversorgt?
3. In welcher Weise (schriftlich, mündlich) und durch wen sind Eltern, deren Kinder sich auf Wartelisten von U3- und U6-Einrichtungen befinden, in Bremen und Bremerhaven darüber informiert worden, dass sie ihren Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz verlieren, wenn sie ihr Kind nicht von der Warteliste abmelden und beim Sozialzentrum anmelden?

Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

19.

12.06.13

Einbeziehung von Beteiligungsgesellschaften in den Sanierungsvertrag

Wir fragen den Senat:

1. In welcher Weise werden Kredite, Geld- und Sachvermögen von öffentlichen Beteiligungsgesellschaften (Eigenbetriebe, GmbHs, AGs) bei der Berechnung des

Finanzierungssaldos gemäß Konsolidierungshilfen-Verwaltungsvereinbarung einbezogen?

2. Welche Auswirkungen hätte es auf die Berechnung des Finanzierungssaldos gemäß Konsolidierungshilfen-Vereinbarung, wenn die Freie Hansestadt Bremen bestehende Kredite beispielsweise der GeNo direkt als Schulden der Stadtgemeinde oder des Landes übernimmt und prolongiert?

3. Welche Auswirkungen hätte es auf die Berechnung des Finanzierungssaldos gemäß Konsolidierungshilfen-Vereinbarung, wenn die Freie Hansestadt Bremen zum Beispiel das Sondervermögen Gewerbeflächen anweisen und durch Mittelzuführung instand setzen würde, der GeNo den Teilersatzneubau Mitte abzukaufen und ihn zu Ende zu bauen?

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

20.

12.06.13

Einbeziehung von Sondervermögen in den Sanierungsvertrag

Wir fragen den Senat:

1. In welche Weise werden Kredite, Geld- und Sachvermögen bestehender und künftiger Sondervermögen bei der Berechnung des Finanzierungssaldos gemäß Konsolidierungshilfen-Verwaltungsvereinbarung einbezogen?

2. Welche Auswirkungen hätte es auf die Berechnung des Finanzierungssaldos gemäß Konsolidierungshilfen-Verwaltungsvereinbarung, wenn die Freie Hansestadt Bremen beispielsweise ein neues Sondervermögen Wohnen einrichtet und diesem per Haushaltszuführung oder Kreditermächtigung Mittel zuweist?

3. In welcher Weise werden An- und Verkäufe von Sachvermögen (Grundstücke, Immobilien, Belegbindungen) durch Sondervermögen bei der Berechnung des Finanzierungssaldos gemäß Konsolidierungshilfen-Verwaltungsvereinbarung einbezogen?

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

21.

13.06.13

Dienst nach Vorschrift bei der Polizei Bremen

Wir fragen den Senat:

Welche jährlichen zusätzlichen Kosten würden für die Wahrnehmung der aktuellen Aufgaben der Polizei Bremen entstehen, wenn die Polizeibeamten, wie angekündigt, nur noch Dienst nach Vorschrift leisten und außerhalb der Dienstzeiten nicht wie im bisherigen Umfang eingesetzt werden können bzw. in Rufbereitschaft stehen?

Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU